

mehr ausweichen; er hat aber die Normalisierung der Beziehungen durch das Beharren

Bonn verschärft seinen Kurs

Soweit der unmittelbare Tatbestand. Doch das ist noch nicht alles. Wenn man die Ereignisse der letzten Monate und Wochen richtig in Betracht zieht, dann wird deutlicher denn je sichtbar, welche antidemokratische, gegen jedes nationale Interesse der Deutschen gerichtete Rolle dieser Staat vom Tage seiner Gründung an zu spielen hat. Die Abweisung direkter Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR und dem westdeutschen Bundeskanzler, die Ablehnung der lebenswichtigen und dringlichsten Fragen als Verhandlungsgegenstand, die Weigerung, alle in Europa bestehenden Grenzen, einschließlich der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten anzuerkennen, die Aufrechterhaltung der Alleinvertretungsanmaßung und das Beharren auf dem Besitz von Kernwaffen — das alles ist nur Ausdruck dafür, daß Bonn seinen gefährlichen Kurs der Revanche und der Aggression nicht nur nicht aufgegeben hat, sondern weiter verschärft.

Diese Haltung trifft sich mit den jüngsten Maßnahmen der Bonner Regierung zur totalen Formierung Westdeutschlands unter die Herrschaft der Rüstungsmonopole. Westdeutschland wird unter das Joch neuer Milliardenbelastungen und antidemokratischer Notstandsgesetze gebeugt. Die Kosten der revanchistischen Expansionspolitik und das Hegemoniestreben des westdeutschen Imperialismus werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Durch die Erhöhung der Massensteuern, den Abbau von Löhnen, die Erhöhung der Beiträge für die Sozialversicherung, durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wird der Lebensstandard der Arbeiter und Bauern systematisch gesenkt.

Von der scheindemokratisch manipulierten Kanzlerherr-

auf der völkerrechtswidrigen Alleinvertretungsanmaßung tatsächlich blockiert.

schaft zur kaum noch verhüllten totalitären Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus, so verläuft die Entwicklung in der Bundesrepublik. Das hat zu einer Situation geführt, die sich qualitativ wesentlich von derjenigen der vergangenen Jahre unterscheidet. Die Bedrückung für den

Für Demokratie und Humanismus

So ergibt sich — wie jeder sehen kann — daß die Frage der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten verbunden ist mit einer anderen Frage: Ob und wie schnell die westdeutschen Werktätigen die Gefährlichkeit der Bonner Politik erkennen, ob und wie schnell sie begreifen, daß jegliche imperialistische Expansionspolitik den Lebensinteressen der deutschen Nation in Ost und West widerspricht, ob und wie schnell sie dafür sorgen, daß die Alleinvertretungsanmaßung fällt und der ganze aggressive Kurs der Bonner Politik geändert wird. Der Kurs der heutigen Machthaber Westdeutschlands läuft wie der ihrer Vorgänger im kaiserlichen und im Hitlerdeutschland wieder in Richtung auf den Abgrund zu. Ihn aufzuhalten und einen Umschwung zur Demokratie und zum Humanismus herbeizuführen, vermag nur die westdeutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft, der fortschrittlichen Intelligenz und den anderen demokratischen Kräften. Das ist ihre historische Aufgabe. Sie können und müssen Westdeutschland vom Weg der imperialistischen Expansion und des militaristischen Unheils herunterführen auf einen neuen Weg, den Weg zu echter Demokratie und zu Frieden.

Was wir in der DDR dazu tun können, wird geschehen. Vor allem besteht unsere wichtigste Aufgabe darin, die DDR

Bürger und die Bedrohung des Friedens wird immer dringender. Daß dabei eine Reihe sozialdemokratischer Führer dem Imperialismus bei der Durchführung seiner Fährlichen Hilfsdienste leistet und die sozialdemokratische Partei faktisch gelähmt ist, macht die Sache nur noch schlimmer. Diese gefährliche Entwicklung bedroht nicht nur Frieden und Sicherheit beider deutscher Staaten und ganz Europas. Sie bewirkt auch das immer weitere Auseinanderleben der Deutschen in Ost und West.

weiter allseitig so zu stärken und die patriotische Einheitsmeinung unseres Volkes so zu festigen, daß den westdeutschen Revanchepolitikern rechtzeitig klar wird, ihre Expansionspläne zum Scheitern verurteilt sind. Jeder bei uns kann dafür sorgen, daß den Anhängern der Globalstrategie klar wird, hier gibt es keine schwachen Stellen, hier kommen wir nicht durch. Jeder kann dazu beitragen, daß die Vorzüge unsere sozialistischen Gesellschaftsordnung besser genutzt werden. Jeder bei uns soll sich darüber im klaren sein, daß die erfolgreiche Bewältigung unserer großen Aufgaben bei der sozialistischen Aufbauarbeit des Bürgers des anderen deutlich machen wird, daß der Weg zum Frieden und Freiheit, zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zu finden und zu bahnen. Denn das ist sicher — und Genosse Walter Ulbricht kleidete es in die Worte:

„Wenn erst einmal auch in Westdeutschland die Ideale des Humanismus, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit gesiegt haben, wenn auch in Westdeutschland das Volk eigen sein wird, was das Volk des deutschen Problem gelöst sein, dann wird die Straße zu immer engerer Zusammenarbeit und Verbindung der beiden deutschen Staaten und ihrer Bürger endlich und endgültig frei sein.“

Eberhard Heinrich